



Verein zur Verwirklichung der Menschenrechte für Armutsbetroffene in der Schweiz

Im November 2020

Zum internationalen Menschenrechtstag, 10. Dezember 2020

Liebe Freunde und SpenderInnen der IG Sozialhilfe

Der *Internationale Tag der Menschenrechte*, beschlossen von der UNO 1948, gedenkt der vielen Opfer von Menschenrechtsverletzungen in der ganzen Welt. Gleichzeitig steht er als Mahnmal: Hinsehen statt wegsehen, solidarisch bewusst handeln und gegen Menschenrechtsverletzungen aufstehen. Denn Menschenrechte müssen immer wieder neu erkämpft werden! Menschenrechte sind universal und unteilbar: Der reiche Norden profitiert von der extremen Ausbeutung des Südens – zugleich verarmen im Norden immer mehr Menschen, weil sie als Ausbeutungsobjekte für die Profitmaximierung nicht mehr gebraucht werden. Führen wir den Kampf für Menschenrechte und gegen soziale Ungerechtigkeit weiter!

Die Konzernverantwortungsinitiative, worüber wir am 29.11.2020 abstimmen, leistet einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Menschen- und Kinderrechte in den armen Ländern des Südens, wo Menschen und die Umwelt auch durch Schweizerkonzerne brutal ausgebeutet werden. Nehmen Sie bitte an der Abstimmung teil! Auf dem Stimmzettel heisst sie: „Für Verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt“. Viele Länder in Afrika und Lateinamerika fordern seit Jahren, die Menschenrechtsverletzungen und Umweltsünden ausländischer Grosskonzerne einklagen zu können. Berichte nützen diesen Menschen nichts. Mit unserer Ja-Stimme können wir ihnen zu diesem Recht verhelfen.

Der Kampf für die Durchsetzung der Menschenrechte in der Schweiz, insbesondere der sozialen Menschenrechte, ist heute leider aktueller denn je: Immer mehr Menschen verarmen.

„Armut, Hunger Obdachlosigkeit und die fehlenden Mittel für den Lebensunterhalt gehören zu den schändlichsten und schwersten Menschenrechtsverletzungen, auch wenn sie als solche nicht immer anerkannt sind. Bei vielen Tragödien und Katastrophen ist es wichtig, deren Ursache aufzuzeigen: die ungerechte Verteilung von Ressourcen, die soziale Verlassenheit und die Ungerechtigkeit. In den scheinbar weniger dramatischen Fällen, wo vorhandenes, schweres Leiden verdeckt und unbemerkt bleibt, ist Solidarität umso nötiger“. Aus dem UNO-Papier über Menschenrechte und Sozialarbeit, 1995, Span. Version S. 10.

Dieses Zitat dient der IG Sozialhilfe seit ihrer Gründung 1994 als Leitbild.

Durch die Corona-Pandemie ist die Armut in der Schweiz etwas ans Licht getreten. Viele Armutsbetroffene, die unterbezahlte und harte Arbeit leisten haben ihre Stelle verloren oder einen Teil ihrer Stellen.

ReinigungsarbeiterInnen schufteten bis zu neun Jobs in privaten Haushalten, um mit Müh und Not sich und ihre Familien über Wasser halten. Viele wurden teilerwerbsarbeitslos, sodass das Einkommen für sie und ihre Kinder weit unter das Existenzminimum fiel. Staatliche Unterstützung kann für solche Minipensen kaum eingefordert werden. AusländerInnen in Armut beziehen oft keine Sozialhilfe, weil die Gefahr besteht, dass sie als SozialhilfebezügerInnen ihre Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung verlieren. Armut ist ihre bittere Realität.

Unsere Informations- und Diskussionsveranstaltung zum internationalen Menschenrechtstag fällt dieses Jahr wegen Corona aus! Dafür erhalten Sie diesen ausführlichen Brief mit dem Veranstaltungsthema, das vorgesehen war: Corona verschärft die Armut auch in der Schweiz - der Widerstand regt sich!

Dank Ihren persönlichen Spenden konnten wir dieses Jahr vielen armutsbetroffenen Kindern und Erwachsenen direkt und unbürokratisch helfen:

Telefon 079/343 66 43
E-Mail: ig-sozialhilfe@gmx.ch

PC: 80-47672-6

IG-Sozialhilfe, Postfach, 8032 Zürich
Homepage: www.ig-sozialhilfe.ch

Schwerpunkte unserer Unterstützungsarbeit in diesem Jahr waren:

Umsetzung des Menschenrechtes auf Bildung:

Kontinuierliche Nachhilfestunden für drei armutsbetroffene Jugendliche mit wenig Weltwissen, damit sie in der Schule oder Berufsschule bestehen können.

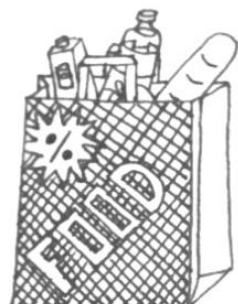


Für sieben Jugendliche kauften wir Laptops, damit auch sie dem Unterricht folgen konnten.



Umsetzung des Menschenrechtes auf Gesundheit:

Übernahme von Kosten für eine grössere Notfall-Zahnarztbehandlung einer alleinerziehenden Mutter sowie umfassende Kiefersanierungen von vier Jugendlichen. Einer der Betroffenen, ein Lehrling, war zur Erstellung des Kostenvoranschlages zum ersten Mal überhaupt beim Zahnarzt.



Umsetzung des Menschenrechtes auf Nahrung und unverzichtbare Verbrauchswaren:

Wir schicken alleinerziehenden Müttern Einkaufsgutscheine, damit sie sich wenigstens ab und zu gesunde Lebensmittel wie Früchte und Gemüse leisten konnten.

Unsere solidarische Unterstützungsarbeit nahm ihren Lauf:

Wir führten viele lange Telefongespräche als persönliche Bezugspersonen mit kranken Armutsbetroffenen, *Opfern von Fürsorgerischen Zwangsmassnahmen*, welche völlig aufgewühlt und verängstigt waren durch die Corona-Krise und um ihre medizinischen Behandlungen bangten. Die Telefonate mit alleinerziehenden armutsbetroffenen Müttern beinhalteten hauptsächlich das Bestreben nach und Strategien zur Verbesserung der Lebenssituation ihrer Kinder.

Wir schickten oder übergaben Armutsbetroffenen mit hohem Risiko Desinfektionsmittel und Masken. Familien, in deren Dörfern im März 2020 die Läden von Hamstern leer gekauft worden waren, liessen wir Lebensmittelpakete zukommen.

Durch Sozialabbau und Sparwut der mächtigen Reichen werden die sozialen Notwendigkeiten der vielen unsichtbaren, ohnmächtigen Armutsbetroffenen mit Füßen getreten; die soziale Ungerechtigkeit verschärft sich. Armutsbetroffene entbehren vieler sozialen Selbstverständlichkeiten, durch die Corona-Krise wurde ihr Leben noch härter.

Darum fordert die IG Sozialhilfe:

Einklagbare soziale Rechte in die Bundesverfassung!

Ausbau statt Abbau im Sozialen, in Gesundheit und der Bildung!

Zur Weiterführung unserer solidarischen Arbeit mit und für Armutsbetroffene bitten wir Sie um finanzielle Unterstützung zur Verwirklichung von Kinder- und Menschenrechten in der Schweiz. Spenden sind zu richten an:

IG Sozialhilfe, Postfach 8032 Zürich PC- 80-47672. Besten Dank!

Zusammenfassung des Inhalts der verhinderten Veranstaltung vom 10. Dezember 2020:

Im Leitartikel ihrer Zeitschrift *Sozialaktuell* bezog der Berufsverband Stellung zur Verschärfung der sozialen Situation unter dem Titel: „Und die Spirale dreht sich weiter... nach unten“: „... In den Augen von *AvenirSocial* ist (Sozialhilfe) Existenzsicherung aber bereits heute nicht garantiert. Der Grundbedarf reicht keinesfalls für ein menschenwürdiges Dasein aus, und wir nehmen seitens der Betroffenen zunehmend Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit und Vereinsamung wahr“. Weiter: „Es wird ausgeblendet, dass Armut vor allem strukturelle Ursachen hat – Faktoren wie prekäre Arbeitsverhältnisse, Bildungsstand, Herkunft oder Geschlecht haben nachweislich einen enormen Einfluss auf die Lebenssituation. Und seit dem Frühjahr 2020 zeigt sich deutlich, wie ungleich krasser die bereits Schutzbedürftigen unserer Gesellschaft von der Krise wie Corona betroffen sind“, *SozialAktuell* August 2020.

Seit unserer Organisationsgründung publizieren wir diesen Missstand in der Öffentlichkeitsarbeit. Die Sozialhilfe ermöglicht kein menschwürdiges Leben. Erfreulicherweise wird die Forderung nach Erhöhung und Verbesserung der Leistungen von immer breiteren Kreisen getragen.

Unter dem Druck der Armut ihrer Eltern leiden die Kinder besonders und können keinen Einfluss nehmen; ihnen ist ein kindergerechtes Aufwachsen verwehrt: Ueli Mäder, Soziologe, ruft dazu auf: „...die Soziale Arbeit muss mehr sichtbar machen und beispielsweise aufzeigen, was Kinder alles auffangen müssen, wenn Eltern ihre Arbeit verlieren“. Und „... Bei den gesamten Sozialkosten übersteigen zudem die Einnahmen die Ausgaben, zumindest bis zu Corona 2020. Wer weiss das schon“...Die (sozialen) Leistungen sind vor allem wichtig, weil sie Lebensqualität ermöglichen und weil Menschen soziale Wesen sind. Das muss die Soziale Arbeit unbeirrt hochhalten und beleuchten“. Aus *SozialAktuell*, Oktober 2020.

Die Medienmitteilung vom 6.4.2020: Die Krise trifft armutsbetroffene Menschen doppelt: Jetzt und langfristig gemeinsam handeln“!

„28 Betroffenenorganisationen und Organisationen aus dem Bereich der Armutsbekämpfung und –prävention haben auf Initiative von *ATD Vierte Welt* und *AvenirSocial* eine gemeinsame Stellungnahme verfasst. Sie sind besorgt über die momentane Entwicklung im Zusammenhang mit dem Coronavirus und den daraus folgenden Konsequenzen für armutsbetroffene Menschen. Neben der Formulierung von konkreten kurzfristigen Massnahmen

rufen die Organisationen dazu auf, langfristig und unter Miteinbezug des Wissens armutserfahrener Menschen zu denken und zu handeln“.

Kurzfristige Bedürfnisse, die sichergestellt werden sollten:

- Würdevolle Aufenthalts- und Übernachtungsmöglichkeiten (Hotelzimmer) und öffentlich zugängliche sanitäre Anlagen für Menschen ohne festen Wohnsitz
- Freischaltung von gesperrten Stromanschlüssen und temporärer Erlass der Kosten
- Aufhebung der Sperrung von Telefonanschlüssen, temporärer Erlass von Gebühren
- Zusätzliche Unterstützungsmöglichkeiten für Schulkinder, deren Eltern sie zu Hause nicht bei den Schularbeiten begleiten können
- Anlaufstellen für Alleinerziehende und zusätzliche Unterstützung für Frauenhäuser
- Verzicht auf generellen Zwang zu Arbeitsbemühungen für Menschen, die von der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe unterstützt werden

Langfristige Massnahmen, die angestrebt werden:

- Eine nationale Armutsstrategie, die Menschen in Not ein würdevolles Leben garantiert, soll vorangetrieben werden
- Förderung der Chancengleichheit für alle Kinder, Jugendliche und Erwachsenen, unabhängig von Sprache, Herkunft, sozialem Status und Bildungsniveau
- Umsetzung einer Politik gegen die digitale Kluft: Der Zugang zu digitalen Medien soll für alle sichergestellt werden, um den Ausschluss benachteiligter Menschen zu verhindern

AvenirSocial und *ATD Vierte Welt* haben ab Ende Mai die unterzeichnenden Organisationen aus der ganzen Schweiz zu Austauschtreffen eingeladen: Ziel dieser Treffen ist, politische Forderungen der Organisationen zu konkretisieren. Es geht darum den Forderungen Gehör zu verschaffen. Dazu hat das Austauschtreffen zwei Richtungen eingeschlagen: politische Arbeit zu leisten und konkrete Forderungen über den politischen Weg einzubringen. Andererseits die geplante Tagung vom 4. Februar 2021 in Bern zu realisieren, die getragen wird vom Bundesamt für Sozialversicherung. Die Organisationen sind eingeladen sich aktiv einzubringen und den Forderungen eine Stimme zu geben.

Unter anderen wurden folgende Forderungen am letzten Austauschtreffen in Arbeitsgruppen von verschiedenen Organisationen diskutiert und formuliert:

- * Würde für und Achtung von Armutsbetroffenen
- * Der Zugang zu den staatlichen sozialen Institutionen muss erleichtert werden
- * Bildung für alle
- * Würdiger Lohn
- * Politisierung der Sozialen Arbeit
- * Verminderung der Fallzahlen pro SozialarbeiterIn
- * Kostenloser Zugang zum juristischen Recht für SozialhilfebezüglerInnen
- * Legalisierung der Papierlosen

Unser Verein *IG Sozialhilfe* hat die Medienmitteilung mitunterzeichnet, nimmt an den Austauschtreffen teil und bringt die Forderungen ein, die über Jahre von Armutsbetroffenen gefordert wurden.

Wir hoffen sehr, dass wir uns im nächsten Jahr an der Veranstaltung zum internationalen Menschenrechtstag wieder treffen können.

Wir wünschen Ihnen einen gemütlichen Spaziergang zum Briefkasten, um ihren Abstimmungszettel einzuwerfen oder Ende Monat an die Urne!

Wir wünschen uns für 2021 die Verwirklichung von Menschenrechten für alle!
Eine frohe Zeit zur Jahreswende!

Branka Goldstein, Präsidentin IG Sozialhilfe